

Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten - Bulgarien



Den här sidan har maskinöversatts och kvaliteten kan inte garanteras.

1. Verfassungsrechtlichen Grundlagen
2. [Justiz](#)
3. [Fälle, in denen der Zugang zu Informationen](#)
4. Die Beteiligung der Öffentlichkeit Zugang zu Gerichten in
5. Den Zugang zu Gerichten gegen Handlungen oder Unterlassungen
6. Andere Möglichkeiten des Zugangs zu den Gerichten
7. Klagebefugnis
8. Rechtliche Vertretung
9. Nachweise
10. Vorläufiger Rechtsschutz
11. Kosten
12. Finanzhilfe-Mechanismus
13. Aktualität
14. Sonstiges
15. Ein Ausländer, der
16. Grenzüberschreitende Rechtssachen

I. verfassungsrechtlichen Grundlagen

Die bulgarische Verfassung sieht ein Recht auf eine gesunde und günstiger Rahmenbedingungen, die den festgelegten Standards und Normen (Artikel 55). Der Umweltschutz wird die Verpflichtung automatisch auch Unionsbürger (in). Durchsetzung des Rechts auf gesunde und günstiger Rahmenbedingungen möglich ist, in Verbindung mit anderen verfassungsmäßigen Rechte:

- Artikel 41(2).
- der Meinungsäußerung – Art. 39
- der Versammlungsfreiheit – Artikel43
- Artikel 44(1))

Die Bürger werden uneingeschränkt Zugang zu den Gerichten für den Rechtsbehelf gegen Verwaltungsakte (Art. 120 der Verfassung), soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist. Eine solche gesetzliche Ausnahme im Umweltrecht. Rechtliche Interesse Verwaltungsakte erforderlich ist vor Gericht zu bringen.

Die direkte Umsetzung aller verfassungsrechtlichen Vorschriften möglich ist. In Bezug auf das Recht auf eine gesunde und günstiges Umfeld in der Regel geltend gemacht wird, zusammen mit einer bestehenden verfahrensrechtlichen oder materiellrechtlichen.

Internationale Übereinkünfte, die vom Parlament ratifiziert werden und für Bulgarien in Kraft getreten sind, Bestandteil der innerstaatlichen Rechtsordnung nach ihrer Veröffentlichung im Staatsanzeiger veröffentlicht. Diese Abkommen haben Vorrang vor nationalen Gesetzen im Falle eines Widerspruchs zwischen ihnen.

Beide Behörden und Gerichten unmittelbar Anwendung des Aarhus-Übereinkommens. Eine kleine Zahl von Gerichtsentscheidungen äußern Zweifel an der Möglichkeit der direkten Anwendung des Artikel 9 Absatz 3 des Übereinkommens von Aarhus.

II). Justiz

Es besteht aus dem obersten Kassationsgericht (SCC), dem Obersten Verwaltungsgericht Bulgariens (SAC, den Appellationsgerichten, den Militärgerichten und den Kreisgerichten (lokalen) Gerichte.

Justiz in Zivilsachen:

- Erstinstanzliche Gerichte als Gerichte erster Instanz für Streitsachen relativ kleinen (weniger als 12,500 EUR);
- Die regionalen Gerichte als Gerichte erster Instanz und weitere wichtige Streitigkeiten befassen Instanz für Entscheidungen des District Court;
- Der wissenschaftliche Rat der Kassationsinstanz für alle gerichtlichen Entscheidungen (mit geringfügigen Ausnahmen);

Die Judikative besteht aus:

- 28 Verwaltungsgerichte über Beschwerden gegen Verwaltungsentscheidungen;
- Der Stabilitäts- und Assoziationsrat kann entweder als Gericht erster Instanz fungiert, oder als Kassationsinstanz;
- Bezirksgerichte, dass Beschwerden gegen Verwaltungsakte misdemeanors zu sanktionieren. Eine Kassationsbeschwerde gegen die Entscheidung eines Bezirksgerichts in einem solchen Fall behandelt wird von einem von drei Richtern am Gericht der jeweiligen Kammer.

Die Richter sind unabhängig. Diejenigen von ihnen, die über mehr als fünf Jahre lang wurden ihres Amtes enthoben werden können, es sei denn, dass außergewöhnliche Umstände eintreten.

Der Oberste Justizrat (SJC) ist die Behörde fördert, und ernennt die Richter, wird zurückgewiesen. Keine spezialisierte Gerichte zur Behandlung von Fällen gibt. Dennoch sind wir an einigen Verwaltungsgerichte Richtern, in Kammern organisierten sind die Fälle entschieden, dass die Wirkung von einer begrenzten Zahl von Richtern zu dem jeweiligen Gericht.

„Forum Shopping“ in Bulgarien gibt es praktisch nicht. In den Fällen Regeln für die Feststellung des zuständigen Gerichts sehr streng sind und keine andere Wahl bleibt, an welches Gericht dem Kläger zu begegnen. Art der Wahl in Bezug auf der Ebene des zuständigen Gerichts ist angesichts der hohen Behörde Fälle in den Zugang zu Umweltinformationen. Ein Antrag auf Zugang zu solchen Informationen an einen Minister beantwortet werden könnten entweder durch den Minister selbst oder von seinem Vertreter/Generalsekretär des Ministeriums eine Beschwerde gegen die Antwort auf diese Frage wäre eine Anhörung durch den Stabilitäts- und Assoziationsrat im ersten und Verwaltungsgericht der Stadt Sofia im zweiten Fall. Zivilrechtliche Haftung in Fällen enthalten (Umwelthaftungsrichtlinie), dem ein Schaden entsteht, könnte der Gerichtshof entweder den Sitz bzw. Wohnsitz des Beklagten oder das Gericht am Ort, an dem der Schaden eingetreten ist, vorgegangen werden.

Im Bereich der öffentlichen Verwaltung hat die beiden Verfahren vor Gericht vorhanden ist.

Ein Antragsteller hat das Recht auf Einlegung eines Rechtsbehelfs gegen eine Verwaltungsentscheidung vor dem Verwaltungsgericht und anschließend die Entscheidung des Gerichts

vor der Stabilitäts- und Assoziationsrat im Wege einer Kassationsbeschwerde. Hat ein Antragsteller in Bezug auf das Zivilverfahrensrecht ein Verfahrensrecht zuzuerkennen, nämlich zwei Fälle und die Berufungsinstanz.

Seit 2007, als die neue Zivilprozessordnung wurde beschlossen, den Zugang zu der Kassationsinstanz (SCC) begrenzt war. Rechtsbehelf wird eingelegt werden, wenn die Entscheidung nichtig ist; Das Urteil ist unzulässig. Das Urteil sei fehlerhaft, weil der Verstoß gegen das materielle Recht eine Verletzung der Regeln des gerichtlichen Verfahrens oder nicht hinreichend gerechtfertigt ist.

In beiden verwaltungs- und zivilrechtlichen Verfahren einen außerordentlichen Rechtsbehelf zur Umkehr der Rechtsprechung des Gerichtshofes bestehen.

Nach der Aufhebung einer Verwaltungsentscheidung, die theoretisch kann der Gerichtshof, wenn ein Verwaltungsakt gibt es kein Thema, das ausschließlich dem Ermessen der Verwaltung zu überlassen. Liegen solche Themen, muss die Akte an die Verwaltung zurückgeschickt werden, und der Gerichtshof wird, wie die Verwaltung mit verbindlichen Anweisungen zur Durchführung der Rechtsvorschriften. Gerichte nie in der Praxis zu erteilenden Umweltgenehmigungen. Der Zugang zu Informationen ist nach einer Ablehnung Rechtsmittel einzulegen, kann der Gerichtshof die angeforderten Informationen nicht direkt

an die Klägerin, erstens, weil der Gerichtshof in der Regel nicht im Besitz der Informationen und zum anderen weil die Gerichte sind nicht befugt, die Informationen direkt an die Klägerin.

Im Umweltbereich sind das gemeinsame Verwaltungsverfahren behandelt, d. h. es gibt keine spezielle Regelung für Umweltangelegenheiten. Es ist zu betonen, dass der Zugang zur Justiz für den Rechtsbehelf Umweltgenehmigungen ist ein relativ neues Phänomen – wieder in den 1990er Jahren bis zum Jahresende noch nicht einmal existierten Genehmigungsverfahren. Auch die allgemeinen Begriffe wie den Begriff der Klagebefugnis (1) noch immer gestalten. Interesse an der Lösung von den Verwaltungsgerichten hat sehr stark zugenommen und in den letzten 5 bis 6 Jahren gibt es eine Vielzahl von neuen Situationen konfrontiert sind, dass die Verwaltungsgerichte.

Besonderheiten der Gerichtsverfahren in Umweltangelegenheiten können in drei Gruppen unterteilt werden:

- Klagebefugnis,
- Erhebung von Beweismitteln;
- Umfang der Kontrolle;

In der Regel bevorzugen Gerichte zur Sammlung von Nachweisen, Expertengutachten und Zeugen vor Gericht zugelassen. Die Justizbehörden nicht gilt – diese nutzen, sowohl verwaltungsrechtliche als auch in Zivilsachen. Wenn jedoch ein Verfahren beginnt mit einer anderen Person, insbesondere wenn das Verfahren verwaltungsrechtlicher Natur sei, ex officio vorgehen zu können Gerichte in einer Reihe von Fällen. In Verwaltungsverfahren Datenerfassung einleiten können. Die Überprüfung der Verwaltungsentscheidung und der erstinstanzlichen Entscheidungen durch die Parteien nicht geltend gemacht haben. Die Gerichte sind in weniger Befugnisse von Amts wegen tätig zu werden.

III. Fälle, in denen der Zugang zu Informationen

Es gibt zwei Kategorien von Fällen, in denen ein Antrag auf Zugang zu Umweltinformationen abgelehnt wurde oder widerrechtlich / unzulänglich beantwortet:

- Die erste Kategorie umfasst die Fälle, in denen es keine spezifischen Zweck des Ersuchens.
 - Die Verweigerung vor Gericht angefochten wird – entweder unmittelbar vor dem Stabilitäts- und Assoziationsrat erteilt wurde (sofern die Ablehnung durch den zuständigen Minister) oder vor dem Verwaltungsgericht (in den übrigen Fällen).
- Die zweite Kategorie sind Umweltinformationen, die Ablehnungen der Überführung aufgefördert worden sei, die Bedürfnisse der Beteiligung an dem Verfahren, das Umweltschutzgesetz geregelt (EPL).
 - In einem solchen Fall kann der Antragsteller zunächst auf das Rechtsmittel der vorgesetzten Behörde zu einem späteren Zeitpunkt, und dem Gerichtshof zu ermöglichen (z. B. die Antragsteller ein schnelleres Instrument für die Einholung der erforderlichen Informationen).

In Fällen, in denen auch Informationen über die Vorschriften für den Rechtsbehelf von dieser ausdrücklich vorgesehen ist – den Zugang zu öffentlichen Informationen (APIA). In Bezug auf die Weigerung der zweiten Kategorie, sollten sie die gleiche Art von Informationen enthalten, da für sie eine allgemeine Bestimmung über den Inhalt eines etwaigen Verwaltungsentscheidung anwendbar ist.

Rechtsbehelfe gegen Ablehnungen von Ersuchen um Informationen sollten mindestens folgende Angaben enthalten:

- Name und Anschrift des Beschwerdeführers;
- Das Gericht, bei dem die Verweigerung angefochten wird;
- Identifizierung der Verwaltungsakt angefochten wird;
- Der Antrag des Beschwerdeführers;
- Angabe, warum der BF ist der Auffassung, dass die Verweigerung rechtswidrig;

Sollten Rechtsmittel eingelegt werden, spätestens 14 Tage nach Eingang der Ablehnung. Stillschweigende Ablehnung Rechtsmittel eingelegt werden können, innerhalb eines Monats nach Ablauf der Frist für den Erlass des Verwaltungsakts (Antwort auf das Auskunftsverlangen). Appelliert an das Gericht gerichtet werden durch die zuständige Behörde Rechtsmittel eingelegt wird – d. h. die Behörde, an die die Ablehnung erteilt hat.

Gerichte werden für gewöhnlich nicht im Besitz der erbetenen Informationen. Da sie das Recht haben, die Rechtmäßigkeit der Gründe für die Ablehnung bitten theoretisch kann von den Gerichten Informationen zu erhalten, die von der Behörde in Frage. Häufig geschieht dies nicht in Fällen Zugang zu Umweltinformationen.

Wenn Gerichte eine rechtswidrige Verweigerung des Auskunftersuchens hebt sie die Verwaltungsentscheidung (abgelehnt) und der Verwaltungsbehörde zur Freigabe der angeforderten Informationen. Die Entscheidung des Gerichts enthält Angaben darüber, wie das Gesetz umgesetzt werden sollte.

IV. Die Beteiligung der Öffentlichkeit Zugang zu Gerichten in

Jedes Verwaltungsverfahren zwei aufeinanderfolgende Phasen – Verwaltungs- und vor Gericht gestellt. In Bezug auf den ersten Stufen können je nach den Anforderungen der spezifischen Verordnung – Wasser, Abfall oder eine andere Art von Umweltvorschriften. Das Verfahren vor Gericht gilt für alle Arten von Verwaltungsentscheidungen und unterliegt dem Verwaltungsverfahrensgesetz (APC). Er unterscheidet drei Arten von individuellen Verwaltungsakten – normative und allgemeiner Natur ist. Verfahren für den Rechtsbehelf im Einklang geringfügig unterscheiden können, welche Art von Entscheidung gerichtlich geltend gemacht wird.

Der Ausschuss sieht einen Rechtsbehelf bei der nächsthöheren Verwaltungsinstanz. Da einige Behörden (Ministerrat, Minister überlegen müssen nicht nur die Verwaltungsbehörde, deren Entscheidungen vor Gericht angefochten werden können. Nächsthöheren Verwaltungsinstanz kann überprüfen, ob die Verwaltung ihr Ermessen korrekt angewandt hat. Erstinstanzlichen Entscheidungen vor Gericht unmittelbar aufgenommen werden kann. Administrative Rechtsbehelfe ausgeschöpft werden müssen, bevor der Fall vor Gericht.

Die Gerichte können die Rechtmäßigkeit von Verwaltungsentscheidungen. Die Gerichte können sich mit Fragen im Zusammenhang mit dem Ermessen der Verwaltung. Sowohl verfahrensrechtliche Rechtmäßigkeit und materielle Rechtmäßigkeit unterliegen der Kontrolle des Gerichts. Die Kontrolle der formellen Rechtmäßigkeit in den umweltpolitischen Entscheidungsprozess dadurch unterscheidet es sich nicht in einer anderen Verwaltungsverfahren. Im Bereich der Umwelt sind wichtige rechtliche Probleme häufig in engem Zusammenhang mit technischen Feststellungen und Berechnungen. Der rechtmäßigen Anwendung der Begriffe wie „beste verfügbare Techniken“ oder „Anforderungen wie identifiziert, beschreibt und bewertet in geeigneter Weise die unmittelbaren und mittelbaren Auswirkungen eines Projekts auf Fauna und Flora, Boden, Wasser, Luft, Landschaft...“ setzt ein Verständnis der zahlreichen technischen Aspekte der zugelassenen Tätigkeit. *Die Richter sollten die Anwendung des Rechts und Experten für Antworten auf die technischen Fragen gehört. In einigen Fällen, z. B. bei der Stadtplanung und die Rechtsvorschriften in kleinen Einzelheiten normative Rechtsakte technische Fragen geregelt werden. Benennung von Sachverständigen in solchen Situationen Gerichte technische Fragen zu beantworten – trotz der Tatsache, dass „technische“ Bewertung einige rechtliche Fragen berührt werden könnten. Es besteht ein gemeinsames Verständnis, dass die technischen und/oder Rechenfehler, die vom Gerichtshof überprüft werden könne.*

Es gibt zwei Arten von Flächennutzungsplänen (LUPS) – allgemeine operationelle Programme LUPS leben und detaillierte operationelle Programme LUPS leben. Allgemeine operationelle Programme LUPS leben vor Gericht angefochten werden kann. Detaillierte LUPS angerufen werden kann, ist jedoch sehr begrenzt und teilweise sogar Nachbarn dlup nicht vor Gericht. Die NRO sind in Bezug auf operationelle Programme LUPS leben ständigen verweigert. Allgemeine operationelle Programme LUPS leben vorgeschrieben sind Gegenstand einer strategischen Umweltprüfung (SUP), detaillierte operationelle Programme LUPS leben – auf eine Bewertung der Notwendigkeit für eine SUP. Der Rechtsprechung ist nicht eindeutig in Bezug auf die gerichtliche Überprüfbarkeit der Entscheidungen ins Meer zuzulassen – Stellungnahme könnte einige Stellungnahmen See getrennt von den LUP angefochten werden. Stellungnahmen der anderen Entscheidungen fest, dass getrennt keine Berufung eingelegt werden kann und somit eine LUP NRO anerkennen, operationelle Programme LUPS leben, nur auf der Grundlage der Klagebefugnis vor Gericht, die Stellungnahme. Die Entscheidungen der ersten Gruppe, und das Problem scheint für das operationelle Programme LUPS leben mit Zugang zur Justiz gibt. Überprüfung der LUPS durch Gerichte unterscheiden sich nicht von anderen Überprüfungsverfahren, Foren, Regeln und Vorschriften für die Anhörung. Operationelle Programme LUPS leben bei Gerichten Rechtsmittel gegen die in erster Linie technische – Aspekte der Raumordnung, Umweltbelange nicht inhaltlich im Zusammenhang mit LUP werden.

UVP (Umweltverträglichkeitsprüfung) sieben Beschlüsse einer gerichtlichen Überprüfung unterzogen werden. NRO sind. Einige Entscheidungen, nicht verwehrt, im Umweltbereich tätigen NRO betrifft. Überprüfung betrifft, keine Besonderheiten auf, Beweisregeln, Regeln für die Anhörung und den Umfang der Nachprüfung durch das Gericht. Über Screening-Entscheidungen erstinstanzlichen Verwaltungsgerichte.

Zum Umfang (Scoping) der UVP ist ein Bestandteil der UVP, die nicht mit einer separaten Entscheidung abgeschlossen. Aus diesem Grund gesondert anfechtbare Entscheidungen nicht ermittelt werden können, die von der endgültigen UVP Entscheidungen. Das UVP-Verfahren enthält ausführliche Vorschriften über die Sondierung durchgeführt werden sollte. Es wurde

versucht, Rechtsmittel abschließende Entscheidungen nur auf der Grundlage von Bedarfsanalysen in Bezug auf Verfahrensfehler. Diese Gerichte in der Regel nicht die Rechtsprechung verlangt – Behauptungen der Rechtsmittelführerin der Nachweis eines Kausalzusammenhangs zwischen dem Verfahrensfehler und die Rechtmäßigkeit der endgültigen Entscheidung – Verfahrensfehler nur unter dieser Voraussetzung durch die Gerichte gehalten werden.

Die Überfülle endgültige Entscheidungen mit der UVP-Richtlinie ist. Sonstige Bewilligungen (Wasser, Abfallwirtschaft) auch vor Gericht angefochten werden kann, aber weniger Gerichtsentscheidungen in diesen Angelegenheiten getroffen wurden. Umwelt-NRO des öffentlichen Interesses verweigert haben, nie abschließende Entscheidungen eingelegt. Dies ist nicht der Fall bei nichtstaatlichen Organisationen des privaten Interesses – einige Gerichte die Klagen mit der Begründung zurückgewiesen, dass der Schutz der Umwelt ist eine öffentliche Sache und kein privater und daher Art. 9 Absatz 2 des Übereinkommens von Aarhus gilt nicht für NRO privater Interessen. Rechtsmittelverfahren endgültige Entscheidungen in UVP geeignet sind, eine Überprüfung der technischen Feststellungen und Berechnungen des UVP-Berichts. Verfahrensrechtliche Rechtmäßigkeit ist sorgfältig zu prüfen. Investoren und Behörden im Laufe der Zeit verbessert, was die Formvorschriften und Verfahren in Fällen von Fahrlässigkeit sind selten. In den meisten Fällen sind inhaltliche Fragen zu gründen. In Bulgarien das UVP-Verfahren umfasst in der Regel die Einführung eines anderen Verfahrens zur Abschätzung der Auswirkungen auf Natura 2000 Gebiete. Einen schnellen Überblick zeigt, dass Naturschutzfragen substantielle Themen erörtert wurden größtenteils von UVP Entscheidungen. In all diesen Fällen wurden die möglichen Auswirkungen auf Lebensräume, d. h. durch eine Anhörung von Sachverständigen durch das Gericht einer Überprüfung zu unterziehen, technische Feststellungen und Berechnungen des UVP-Berichts selbst.

Weder die Klagebefugnis um natürliche Personen oder nichtstaatliche Organisationen teilgenommen haben, müssen in der öffentlichen Konsultation und öffentliche Anhörung des UVP-Verfahrens. Umwelt-NRO privater Interessen versucht haben, ihre Teilnahme an der Anhörung und öffentliche Erörterung der UVP-Bericht bestehende Interesse als Nachweis für die abschließende Entscheidung Rechtsmittel einzulegen, doch die Gerichte nie bestritten. NRO können eine Beschwerde ohne abschließende Entscheidung bis zu einem früheren Zeitpunkt ausgewiesen.

In Bulgarien die UVP-Genehmigung gilt als Verwaltungsakt und ein Rechtsmittel gegen diese Entscheidung (Genehmigung), d. h. eine aufschiebende Wirkung hat, kann er anschließend nicht weiterverfolgt werden – entweder Genehmigungen einzuholen (integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung) oder die Baugenehmigung. Im Falle, dass es dringend erforderlich ist, die anderen Genehmigungen für Bauarbeiten zu beginnen oder Behörden oder Gerichte können eine solche Situation behoben werden, indem eine vorläufige Vollstreckung der UVP-Entscheidung. Die Behörden in einer Reihe von Infrastruktur (Gebäude, Abfalldeponien, highroads Skipiste). Die rechtlichen Anforderungen für die vorläufige Vollstreckung allgemein formuliert und deckt nicht nur Umwelt- oder UVP-Entscheidungen. In der Regel sind Entscheidungen für die Anordnung der vorläufigen Vollstreckung mehrere Sätze kurz begründet (nicht mehr als eine Seite).

Die IVU-Genehmigung in Bulgarien in das Verfahren der UVP getrennt ist. Die endgültige Genehmigung gemäß der IVU-Richtlinie von den Gerichten überprüft werden kann. In den meisten Fällen das Ministerium für Umwelt und Wasser (Ministerium) ist die zuständige Behörde bei der Erteilung einer IVU-Genehmigung – Rechtsmittel gegen Entscheidungen des SAC ist das Ministerium. Regeln und Vorschriften für die Anhörung als auch der Umfang der Überprüfung durch den Gerichtshof im Rahmen der IVU-Richtlinie Gerichtsverfahren unterscheiden sich nicht von anderen Rechtsbehelfen. Es wurden kaum (nicht mehr als 7-8 Fälle von Genehmigungen gemäß der IVU-Richtlinie vor Gericht gebracht. Mindestens die Hälfte von ihnen wurden von Investoren, die Erteilung der IVU-Genehmigung verweigert wurde. Die Klagebefugnis für nichtstaatliche Umweltorganisationen über Rechtsmittel entscheiden.

In der IVU-Richtlinie das Vorgehen der Gerichte sind dieselben wie in der UVP. Materiell- und verfahrensrechtliche Rechtmäßigkeit überprüft werden. Der Rechtsprechung nicht ausreicht, um eine Schlussfolgerung über die Kriterien in Bezug auf Fragen wie die Entscheidung über den materiellen und technischen Unterlagen der IVU-Richtlinie, Berechnungen und Ergebnisse.

Ähnlich wie bei anderen umweltpolitischen Genehmigungsverfahren, die in früheren Phasen der Beteiligung an demselben Verfahren prozessführungsbefugte ist nicht erforderlich, wenn die endgültige Entscheidung über die Beschwerde.

Wie dem Beschluss über die UVP, die IVU-Genehmigung und ein Verwaltungsakt ist unbedingt dieselben Regeln hinsichtlich des einstweiligen Rechtsschutzes anwendbar sind. Keine besonderen Vorschriften für IVU-Verfahren Unterlassungsansprüche bestehen.

V. Zugang zu Gerichten gegen Handlungen oder Unterlassungen

Der Gerichtshof Verfahren gegen Privatpersonen oder juristischen Personen ihre rechtswidrigen Tätigkeiten bei Schäden an verursacht haben – private oder öffentliche Person. Diese Rechtsstreitigkeiten sind ausdrücklich in dem Umweltschutzgesetz (EPL) und im Wasser (WA).

Die Voraussetzungen, unter denen die genannten Klagen sind wie folgt:

- a) einer rechtswidrigen Handlung;
- b) Umweltschutz (Wasser-) Verschmutzung oder Beschädigung;
- c) einer Person verursachten Schäden;
- d);
- e) ein Kausalzusammenhang zwischen der rechtswidrigen Handlung und dem Schaden.

Die Klage kann entweder von der Person, die den Schaden erlitten hat, oder von der staatlichen Behörde für die beschädigten Eigentums (verwaltet werden). Der Kläger kann das Gericht ersuchen, die verschmutzenden Tätigkeiten oder zur Zahlung einer Entschädigung für die entstandenen Schäden. Dieses Verfahren wird in der Praxis häufig nicht angewandt. Während die Rechtswidrigkeit der Tätigkeit für den Fall, dass leicht bewiesen werden kann, auf deren Grundlage die betreffende Tätigkeit durchgeführt wird, ohne dass die dafür erforderliche Genehmigung der übrigen Bestandteile der Forderung schwieriger sein auftreten könnten, festgelegt werden. In den meisten Fällen ist es schwierig, ja sogar unmöglich, eine Unterscheidung zwischen vergangenen und jüngsten Verschmutzung. Außerdem kann das Verfahren für zwei bis drei Jahren zum Abschluss zu bringen.

Forderungen gegenüber staatlichen Stellen in Umweltangelegenheiten können in drei Gruppen unterteilt werden:

- Forderungen gegen rechtswidrige Handlungen der Behörden.
- Forderungen gegen rechtswidrigen Unterlassungen begangen hat.
- Klagen vor Gericht gegen die Exekutivgewalt stellen betroffenen Personen für Schäden, die durch rechtswidrige Handlungen /Unterlassungen.

Ogleich alle drei Gruppen von Forderungen sollte vor dem Verwaltungsgericht erhoben werden, die letztgenannte Gruppe von Forderungen in Zivilsachen in Wirklichkeit werden. Die erste und die zweite Gruppe von Forderungen werden auf der Grundlage einer breiten Palette von Vorrechten, die Behörden auf, die anhaltenden rechtswidrigen Handlungen von Privatpersonen begangen oder die unmittelbare Gefahr einer Umweltverschmutzung zu vermeiden, werden diese Befugnisse durch mehrere Umweltschutzvorschriften vorgesehen. Sie werden als „Verwaltungszwangsmaßnahmen“ (CAM). Die CAM aufgenommen wird oder werden könnte, entweder der Vorbeugung dienen, um eine Verschmutzung oder Rückgewinnung aus einem einzustellen. CAM vor einem Gericht angefochten werden könnten, von einer Person zu tun haben. Im Fall eines Rechtsmittels die gemeinsamen Vorschriften für den Rechtsbehelf Verwaltungsakt gelten. Eine Beschwerde gegen einen CAM jedoch keine aufschiebende Wirkung haben.

Im Bereich der Umwelthaftung gibt es ein gesondertes Gesetz über die Verantwortung für die Verhütung und Beseitigung von Umweltschäden (Irpred). Es gibt zwei Arten von Maßnahmen der Behörden, wenn ein Fall von Umweltschäden oder einer Gefahr solcher Schäden besteht – präventive und für die Beseitigung der Verschmutzung. Zuständige Behörden im Sinne dieses Gesetzes sind die Minister für Umwelt und Wasser, die Direktoren der riews Einzugsgebiete, die die Direktoren und Direktoren. Das Gesetz sieht verschiedene Anforderungen an die Öffentlichkeit im Hinblick auf eine Aufforderung zum Tätigwerden im Bereich der Umwelthaftung nicht, sondern sie sind schwer umzusetzen (insbesondere die Verpflichtung zur Übermittlung der Behörde den Nachweis über das rechtliche Interesse eingereicht werden, wenn der Antrag eine natürliche Person ist). Weder die NRO ihre rechtliche Interesse nachweisen müssen. Die Betreiber von Einrichtungen, entgegen den Erwartungen der Öffentlichkeit, die Behörden müssen eindeutige und spezifische Informationen bezüglich der Gefährdung der Umwelt/Beschädigung/Maßnahmen. Vorschriften über den Austausch von Informationen zwischen den verschiedenen Umweltbehörden werden ebenfalls zur Verfügung gestellt. Im Allgemeinen gibt es keine besonderen Bestimmungen für die Überprüfung des Verwaltungsakts oder der Anordnung einer Maßnahme für die Weigerung, dies zu tun. Die gemeinsamen Regeln für die Überprüfung eines Verwaltungsakts gelten. Die Berufung gegen eine vorbeugende Maßnahme nicht unter den Irped aufschiebende Wirkung haben. Gegenstand der Überprüfung ist spezifisch, da das Verfahren für die Verhängung einer Maßnahme sieht besondere Anforderungen – beispielsweise in der Form von Konsultationen, Veröffentlichungen, ist in dem Fall, dass der Betreiber Maßnahmen entweder nicht bekannt oder nicht in der Lage, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen. Die Durchsetzung des Umwelthaftungssystems Irped erfolgt nach den unter Androhung von Geldstrafen/Sanktionen für diejenigen, die nicht nach den gesetzlichen Bestimmungen oder Maßnahmen, die angeordnet werden. Die zuständigen Behörden sind verpflichtet, die Sanktion misdemeanors auch diejenigen, die die Verhängung der Maßnahmen. Davon abgesehen sieht 3 Irped – die zuständige Behörde kann entweder durch, um eine Einstellung der Tätigkeit oder des Betreibers ab, einem Gebiet oder zu untersagen/beschränken die Verwendung eines Wasserkörpers. Für die CAM Irped, ausgestellt im Rahmen der Gemeinsamen Regelung vor Gericht. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass der Bruch eines Siegels eine Prämisse, dass Menschen ein Objekt oder eine Straftat ist nach dem Strafgesetzbuch strafbar.

VI. Andere Möglichkeiten des Zugangs zu den Gerichten

Finanzhilfen für die bulgarischen Rechtsvorschriften im Umweltbereich tätigen NRO und interessierte Personen (natürliche Personen) vor Gericht zu bringen solche Maßnahmen allgemeiner Natur sowohl als Naturschutzgebiete Managementpläne und normative Rechtsakte des abgeleiteten Rechts – von den exekutiven Behörden ausgestellt.

Die Rolle des Ombudsmanns (Bürgerbeauftragten): <http://www.ombudsman.bg/>

- Schlägt Lösungen für Probleme in den Beziehungen zwischen der Verwaltung und den Personen nicht, aber er kann eine Verwaltungsentscheidung aufheben kann.
- Hat das Recht auf Einleitung eines Verwaltungsverfahrens zur Ausstellung eines Verwaltungsakts.
- Keine – Verfahren vor dem Verfassungsgericht
 - Stattdessen kann er vorschlagen, dass diejenigen, die es sich leisten können, eine Frage, die vom Verfassungsgericht geprüft werden.

Die Rolle der öffentlichen (staatlichen) Staatsanwälte:

- als Teil der Judikative, der Exekutive.
- Über den Ermessensspielraum verfügen, um entscheiden zu können, ob bei den Maßnahmen teilnehmen können.
- Außerdem kann ein Verwaltungsverfahren
- Sind die Staatsanwaltschaften in Strafsachen kann nur mit einem Verbrechen gegen eine Person Anklage erhoben wird (Kriminalität)
- In Bulgarien gibt es keine privaten Verfolgung des Strafrechts im Umweltbereich.

Früher eine Beschreibung der verwaltungsinternen Überprüfung der Rolle der Staatsanwaltschaft und der Befugnisse des Bürgerbeauftragten CAM bereitgestellt wurde. Es könnte hinzugefügt werden, dass das gemeinsame Verwaltungsverfahren gibt den betroffenen Personen ein Recht auf Beschwerde vor dem Verwaltungsgericht oder Untätigkeit eine Handlung/Unterlassung einer Verwaltungsstelle. Im Falle einer rechtswidrigen Handlung oder das Gericht prüft, ob die betreffende Handlung nicht law-founded ist. Wenn dies nicht der Fall ist – das Gericht den rechtswidrigen Verhaltens der Verwaltung zu stoppen. Im Fall einer rechtswidrigen Unterlassung festzustellen, ob die Verpflichtung zum Handeln besteht. Falls das Gericht die Klage für begründet hält, darin, dass die Verwaltungsbehörde sollte die Durchführung der Rechtsvorschriften spätestens zu dem Datum angeben.

VII. Klagebefugnis

Klagebefugnis	Verwaltungsverfahren	Gerichtliches Verfahren
Einzelpersonen	X	X
NRO	X	X
Andere juristische Personen	X	X
Ad-hoc-Gruppen	X	Nein
ausländische NRO	X	X
Sonstige [5]	Lokale Behörden die Entscheidungen zu einigen zentralen	X

Der Beitritt zur EU (2007) und der Umsetzung des EU-Rechts die Zahl der Verwaltungsverfahren in den Bereichen Umweltrecht. Die Rechtslehre und Rechtsprechung befinden sich immer noch in einer Phase der Festlegung von Kriterien für die Klagebefugnis bei verschiedenen Verwaltungsverfahren im Umweltbereich. Die Verfahren sind nicht sehr zahlreich, und in einigen Fällen noch nicht erprobt wurden. In bulgarischen Rechtslehre, besteht kein Unterschied zwischen dem Begriff der Beeinträchtigung des Rechts und ausreichendes Interesse. Das Interesse an einer Teilnahme an einem Verwaltungsverfahren und eine Verwaltungsentscheidung ist, anhand der konkreten Umstände geprüft. Bei der Abwägung der Interessen, der Rechtsprechung impliziert eine Beeinträchtigung der Rechte, die den betroffenen Rechte nicht immer mit dem Eigentum oder Gebrauch. Was die NRO anbelangt, der gleiche Ansatz gilt. Bei UVP und SUP jedoch alle nichtstaatlichen Umweltorganisationen, ausgenommen der private Zweck ständigen gewährt werden. In den UVP- und SUP-Verfahren in jeder beteiligen kann. Ausländische nichtstaatliche Umweltorganisationen gelten dieselben Rechte haben wie die lokalen NRO – genau wie das Übereinkommen von Århus erfordert.

Im allgemeinen Kriterien für die Klagebefugnis bei horizontalen Verfahren (UVP und SUP (strategische Umweltprüfung) liberaler ist, als in den sektoralen Verfahren – z. B. im Zusammenhang mit Wasser oder Abfall.

Gibt es keine Popularklage in Bulgarien.

Kann die Staatsanwaltschaft in Umweltmedien Verwaltungsverfahren teilnehmen, auch in seine zweite Phase – Phase. Die Staatsanwaltschaft ist das öffentliche Interesse schützen sollen, und die Bandbreite seiner Rechte im Verwaltungsverfahren zu verstehen ist, gehen weit auseinander. Wie kann er für den Bürgerbeauftragten, Einleitung der Verfahren für die Ausstellung von Verwaltungsentscheidungen, sondern er nicht über das Recht auf Einlegung eines Rechtsbehelfs gegen eine Verwaltungsentscheidung vor Gericht – er ist nicht dazu gedacht, in Gerichtsverfahren zu fungieren.

VIII. Rechtliche Vertretung

Es besteht keine rechtliche Verpflichtung für den anwaltlichen Beistand vor Gericht – entweder in Verwaltungs- oder Gerichtsverfahren in Zivilsachen. Einreichung einer Klage, aber vor allem in der Verteidigung und ohne Rechtsbeistand Zivilgericht viel Ärger verursachen könnten, einer Partei. Eine vor kurzem angenommene (2007) Zivilprozessordnung (ZPO) sieht äußerst strenge Vorschriften in Bezug auf die Beweiserhebung und vor Gericht auftreten. Dem Geist der neuen Strafprozessordnung ist sehr unterschiedlich – die ehemalige Partei von viel mehr Verfahrensdisziplin erforderlich ist. Im Rahmen der Gerichtshof, anders als in der CPC, haben soll der Richter eine führende Rolle bei der Prüfung eines Falles. Erstens im Hinblick auf den Umfang der gerichtlichen Überprüfung durch das Gericht ist nicht verpflichtet, die tatsächliche und rechtliche Begründung durch den Antragsteller. Zweitens hat der Gerichtshof eine rechtliche Verpflichtung zur Unterstützung der Parteien eines Verfahrens zur Beseitigung formaler Fehler in ihren Erklärungen. Der Richter sollte angegeben werden, bei welchen tatsächlichen Behauptungen keine Beweise vorgelegt werden. Sie dies unterlassen hat, einen Verfahrensfehler und eine Gerichtsentscheidung aufgehoben werden könnten, nur von der obersten Instanz vor. Umweltmanagement in einem Gerichtsverfahren geschehen – den Sachverhalt offensichtlich eine Vielzahl unterschiedlicher Art sind und häufig widersprüchlichen Auslegungen des Sachverhalts zu technischen, rechtlichen und technischen Anforderungen zwischen verwässert werden könnten. Aus diesem Grund in immer mehr Fällen besagen die Parteien könnte es sinnvoll sein, einen Rechtsanwalt zu beauftragen.

Im allgemeinen öffentlichen Interesse Environmental Lawyers, ihre derzeitige Praxis in anderen Rechtsgebieten, wie z. B. Zivil- oder Verwaltungsrecht mit Beratung und Rechtsstreitigkeiten. Die meisten Fälle vor fünf bis sechs Jahre dargestellt, die von Gerichten in Sofia angehört worden seien. Dieser Trend hat sich geändert seit einiger Zeit, vor allem weil viele der UVP-, SUP- oder Art im Zusammenhang mit dem Rechtsmittel von den Verwaltungsgerichten angesehen werden. Im Umweltbereich tätigen NRO mit Erfahrung in einem bestimmten Bereich Umwelt Wissen in der Regel ein öffentliches Interesse – können sich die Rechtsanwälte ist es ratsam, diese NRO bitten.

IX. Nachweise

Die wichtigsten Beweismittel in das Verfahren der „Verwaltungsakte“ – also die gesammelten Beweise von der Verwaltungsbehörde im Hinblick auf die Tatsachen und Umstände der Verwaltungsakt. Die Verwaltungsbehörde hat ein breites Spektrum von Zuständigkeiten für die Erhebung von Beweismitteln vor. Zusätzlich zu den von der Verwaltungsbehörde erhobenen Beweismittel kann das Gericht auf Antrag der Parteien oder von Amts wegen zusätzliche Beweise zu erheben. Der Gerichtshof kann somit, Zeugen zu vernehmen. Alle Dokumente und/oder erforderlich sein könnte, vor dem Gericht vorgelegt. Gutachten werden auch in dieser Phase des Verfahrens.

Der Gerichtshof hat bei der Beurteilung der Beweismittel. Die Zivilprozessordnung (ZPO), auch für Verfahren für den Rechtsbehelf gegen Verwaltungsakte im Gutachten ausdrücklich fest, dass für den Gerichtshof nicht bindend ist, so dass das Gericht kann ganz oder teilweise abgelehnt wird. Amtliche Dokumente, d. h. den Dokumenten, die von Behörden in Wahrnehmung ihrer Aufgaben mit verbindlich sind, zu achten. Für die von Privatpersonen ausgestellte Urkunden nur berücksichtigt werden, wenn sie Nachweise enthält, die gegen die Forderungen verwendet werden könnten, dass die Person, der das Dokument ausgestellt hat. In der Regel den Umweltverfahren im öffentlichen Interesse beschlossen werden auf der Grundlage von Sachverständigengutachten. In vielen Fällen sind die Gerichte sind der Auffassung, dass die Vollständigkeit der Akten nicht verfügbar sind, und wenn es Nachweise, dass bestimmte rechtliche Voraussetzungen erfüllt seien, die Gerichte entschieden, dass diese Voraussetzungen nicht vorgelegen haben.

Neue Marktteilnehmer können beim Gerichtshof Verfahren nachgewiesen werden. In allen Fällen sollten die Beteiligten vor dem Gerichtshof erläutert hat und welche neuen Beweise in Bezug auf die Tatsachen und Umstände. Sollten die einschlägigen Tatsachen und Umstände auf die Rechtswidrigkeit der Verwaltungsentscheidung. In der Regel ist der Gerichtshof nicht geneigt, alle oder einen großen Teil der festgestellten Tatsachen durch die Verwaltungsbehörde. Dies bedeutet, dass die Klägerin sich auf

einige zentrale, wichtige Fragen, wenn sie neue Beweise erhoben werden sollen. Das Gericht kann Beweise von Amts wegen verlangen. Dies ist im Zusammenhang mit der Befugnis des Gerichts zur Kontrolle der Rechtmäßigkeit einer Entscheidung, unabhängig vom Vorbringen der Parteien.

Nachweis, einschließlich Sachverständigengutachten angefordert werden können, wenn das Rechtsmittel eingelegt wird, bzw. durch eine zusätzliche Nachfrage beim Gericht oder in der mündlichen Verhandlung. Der Hof begrüßt es, wenn der Nachweis verlangt wird, damit die anderen Vertragsparteien zuvor Stellung nehmen können, und der Gerichtshof hat selbst genügend Zeit zur Prüfung der Nachfrage. Die Partei sollte das Gutachten, die Formulierung der Fragen, die beantwortet werden müssen. Das Gutachten sollte bereit sein, bei der Kanzlei des Gerichts eingereicht und mindestens sieben Tage vor der Gerichtsverhandlung, so dass die Parteien ausreichend Zeit haben, um sie zu betrachten sind. Das Gutachten als Beweismittel in der Gerichtsverhandlung und die Vertragsparteien werden aufgefordert, Fragen zu stellen. Der Gerichtshof nur toleriert, Fragen im Zusammenhang mit dem Gegenstand der beantragten Gutachtens. Das Gericht sich weigert, den Stellungnahmen von Sachverständigen, die nicht in der oben beschriebenen Weise entnommen.

Im Allgemeinen gelten die gleichen Regeln für die Erhebung von Beweismitteln in Zivilsachen. Allerdings gibt es Besonderheiten im Zivilprozess. Die Parteien sollen zu einem Verfahren vor dem Gericht mit ihrem Vorbringen in Bezug auf die relevanten Tatsachen und Umstände zu belegen. Das Gericht ist nicht befugt, einzugreifen und für die prozessuale Verhalten der Parteien. Können sie nur über die Zulässigkeit der verlangten Nachweise. Bedingungen für Nachweise verlangen und in vielen Fällen sind kürzere Ausschlussfrist.

Unterlassungsverfahren, X.

Verfahren vor dem Verwaltungsgericht Rechtsmittel gegen einen Verwaltungsakt eine aufschiebende Wirkung hat, sofern nicht das Gegenteil, durch ein Gesetz vorgesehen ist. Im Umweltrecht gibt es keine Fälle, in denen das Rechtsmittel aufschiebende Wirkung verweigert wird, außer in einigen Fällen recht in der Raumordnung. Anfechtung von Verwaltungsakten allgemeiner Natur (Pläne, Programme) und normativen Charakter nicht die Umsetzung der betreffenden Rechtsakte. Da der größte Teil der administrativen Gerichtsverfahren umfasst in der Regel Rechtsmittel gegen individuelle Verwaltungsakte, die Durchsetzung der Verwaltungsentscheidungen zu stoppen.

Wenn das Rechtsmittel aufschiebende Wirkung hat, Investoren können eine vorläufige Vollstreckung der Entscheidung beantragen, und die Verwaltungsbehörden gewähren können.

Das PCA enthält fünf Bedingungen hierfür:

- 1, wenn dies erforderlich ist, um zu gewährleisten, das Leben oder die Gesundheit der Bürger;
- 2) dem Schutz besonders wichtiger staatliche oder öffentliche Interessen;
- 3), um zu verhindern, dass die Gefahr einer Beeinträchtigung oder der Nichtanwendung des Verwaltungsakts;
- 4) oder in Fällen, in denen eine Verzögerung bei der Durchsetzung führen können, zu einer erheblichen und nicht wiedergutzumachenden Schadens;
- 5) oder auf Antrag der Parteien als der Schutz ihrer Interessen besonders wichtig.

Im letzteren Fall eine cross-undertaking zum Schadensersatz verzichtet werde. Der Beschluss, die vorläufige Vollstreckung vor Gericht angefochten werden können. Die Frist hierfür beträgt drei Tage ab dem Datum der Veröffentlichung der Entscheidung. Was geschehen ist, unabhängig vom während des Verwaltungsabschnitts des Verfahrens vor dem Gerichtshof anhängig ist, kann das Berufungsverfahren die Ausführung der Bestellung einer Voruntersuchung Verwaltungsentscheidung unter den gleichen fünf Voraussetzungen ab. Der Gerichtshof anders als die Verwaltungsbehörde kann verlangen, dass ein Unternehmen, das, unabhängig von dem Grund für die vorläufige Vollstreckung, besteht die Gefahr eines erheblichen und nicht wiedergutzumachenden Schaden für eine Person.

Der Gerichtshof hat im Verfahren erster Instanz entweder das Kassationsgericht oder der auf Antrag der Klägerin, erteilt der vorläufigen Vollstreckung können durch die Verwaltungsbehörde – d. h. das Gericht des einstweiligen Rechtsschutzes anordnen können. Es gibt zwei Bedingungen hierfür. Erstens die Gefahr, dass der vorläufigen Vollstreckung wesentlichen oder einen nicht wiedergutzumachenden Schaden verursachen könnte, an die Klägerin. Zweitens sollte die Nachfrage auf neuen Umständen beruhen, d. h. auf Umständen, die erst nach der vorläufigen Vollstreckung gewährt worden sei.

Verfahren vor einem ordentlichen Gericht eine einstweilige Verfügung ist das Ziel, dafür zu sorgen, dass die Vollstreckung einer gerichtlichen Entscheidung erfolgt. Die ökologischen Prozesse – Klagen auf Ersatz von Schäden zugefügt zu stoppen oder kaum einer umweltschädigenden Tätigkeit – eine Situation, in der Anordnung erforderlich ist. Theoretisch kann das Gericht erster Instanz

eine vorläufige Vollstreckung ihrer Entscheidung in einem Rechtsstreit, beispielsweise einer umweltschädigenden Tätigkeit zu stoppen. Doch das Gesetz weist darauf hin, dass vorläufige Vollstreckung kann die Vollstreckung ist unzulässig, wenn dadurch irreparable Schäden oder Nachteile, die nicht festgestellt werden konnte. Die letztgenannte Bedingung könnte ein Hindernis für die Erlangung von Rechtsstreitigkeiten in der vorläufigen Vollstreckung.

Somit allgemein wegen der geringen Zahl der Rechtsstreitigkeiten, die aufschiebende Wirkung der Beschwerde gegen individuelle Verwaltungsakte und die besonderen Voraussetzungen für den Erlass einer einstweiligen Verfügung, die Rechtsprechung hat sich größtenteils mit der vorläufigen Vollstreckung Rechtsbehelfe gegen Verwaltungsakte gewährt. In Bezug auf die letztgenannte Kategorie von Rechtsstreitigkeiten die Regel ist zu beachten, dass, wie der Gerichtshof die Beweggründe, die Beweggründe der Verwaltungsbehörde sind sehr knapp. Darüber hinaus ist bei der staatlichen Gerichte für eine vorläufige Ausführung zu vermeiden, in der Prüfung von Fragen im Zusammenhang mit der Rechtmäßigkeit der gesamten Entscheidung.

Alle gerichtlichen Entscheidungen – entweder in Bezug auf eine vorläufige Ausführung Unterlassungsansprüche in Verwaltungs- oder Gerichtsverfahren oder die Anordnung der vorläufigen Vollstreckung und lassen sich in einer höheren Instanz Berufung eingelegt.

XI. Kosten

Die Klägerin sieht sich drei Kategorien von Kosten.

- Die Gerichtsgebühren.
 - Gebühren werden in einer Gebührenordnung festgelegt, die von der Exekutive erlassen.
- Die zweite Kategorie sind die Anwaltshonorare.
 - Anwaltshonorare nicht verhandeln kann jeder Anwalt festgelegt – die Höhe seines/ihrer Entgelts. Eine Verordnung, die Anwaltskammer des Obersten Rates trägt die Gebühr für jede Art der Dienstleistung erteilt.
 - Vergütung von Experten (mögliche) vom Gericht bestellte Sachverständige Stellungnahmen.
 - Eine geringe Gebühr für die Veröffentlichung einer Mitteilung über ein anhängiges Verfahren ersucht werden könnte, im Falle einer Anfechtung von Verwaltungsakten von allgemeiner Natur und normativen Verwaltungsakte.

Gerichtsgebühren in Verwaltungsstreitsachen niedrig sind. Bürger und NRO eine Gebühr in Höhe von 5 EUR für ein Gericht erster Instanz Prozess. Für den Handel mit Unternehmen dieselbe Gebühr beläuft sich auf 25 EUR. In bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, Gebühren hängen von der Art des Rechtsstreits. Vermögensschäden sind, muss ein Anspruch auf Schadensersatz wie Schadensersatzprozess würde die Gerichtsgebühr 4 v. H. des beantragten Beihilfebetrags. Wenn die Forderung nicht bewertet werden können (z. B. eine Klage einer umweltschädigenden Tätigkeit, für die das Gericht in jedem Einzelfall die Gebühr. Im Zivilprozess besteht keine Differenzierung der Gebühren den Handel zwischen Unternehmen/Bürgern und NRO. Gebühren für die Einlegung eines Rechtsmittels gegen Entscheidungen – sowohl im Verwaltungs- und zivilrechtlichen Verfahren in Höhe der Hälfte des erstinstanzlichen Gerichts Gebühren.

Sachverständigenhonorare können je nach der Zahl der Experten, die Fragen und das persönliche Urteil des Richters. Honorare von Sachverständigen durch das Gericht festgesetzt werden. Im Umweltbereich erfordert spezielle Fachkenntnisse, die häufig von mehr als einem Experten und die Höhe der Gebühren reichen von 500 bis 1 200 EUR. Einige Richter können die Gebühren für ein einziges Gutachten unter 500 EUR. Eine zusätzliche Ausgaben, wenn auch nicht offiziell als solche anerkannt sind, können durch den Gerichtshof erforderlich sein, wenn der NRO zu überprüfen oder ablehnen will das Gutachten erhobenen Beweismittel durch das Gericht. In einem solchen Fall wird in der Regel ein anderer Sachverständiger mit der Prüfung der Richtigkeit des Gutachtens. Anwaltskosten stark variieren kann. In Verwaltungsstreitsachen der Anwaltshonorare voraussichtlich nicht höher als 1 500 EUR sein. In zivilrechtlichen Verfahren mit Bezug auf die Schätzung des Rechtsanwalts ist schwierig.

Kosten für die Gerichtsgebühr Relief/Anordnung eine Anordnung der Maßnahme unerheblich ist – nicht mehr als 15 EUR. Theoretisch könnte eine Kautions oder cross-undertaking in Umweltangelegenheiten aufgefordert werden, dies aber nicht geschehen. In Streitigkeiten über gewerbliches Eigentum und Marken, im Zeitraum 2004-2007 eine Analyse ergab, dass in ähnlichen Fällen die Höhe der Verpflichtung kann variieren stark je nach den Schätzungen von verschiedenen Mitgliedern.

Der Grundsatz „Wer verliert, zahlt“, von den Gerichten konsequent umgesetzt wird. In den Rechtsstreitigkeiten der Kläger den Rechtsstreit zu verlieren, wenn zu zahlen ist, eine Mindestgebühr von nicht mehr als einem Anwalt, der Gegner von ihr gemietet. Diese Regel ist jedoch nicht immer eingehalten wurden, einschließlich der Umweltverfahren und unter Berücksichtigung des öffentlichen Interesses durch das Gericht verpflichtet waren, die Kläger zur Zahlung von Anwaltskosten der obsiegenden Partei, die deutlich höher waren als die Mindestsätze. Gibt es keine Möglichkeit für eine Verlagerung der Kosten und zur Umsetzung der Grundsatz „Wer verliert, zahlt“ mildere für Antragsteller/Kläger bei der Klageerhebung im öffentlichen Interesse bedient. Der

einzigste Grund für eine mögliche Verringerung der Anwaltshonorare, in der ZPO vorgesehenen wird auch in den Rechtsstreitigkeiten anwendbar. Das Gericht stellt fest, dass die CPC in der Gebühr verringert werden können, wenn ihr Betrag gezahlt werden, nicht auf die rechtliche und tatsächliche Komplexität des Falles.

XII. Finanzhilfe-Mechanismus

Die Verfahrenskosten keine Ausnahmen in Bezug auf Zölle oder Steuern, Gebühren, die die Kosten im Bereich der Umwelt gibt es ungeachtet des öffentlichen Interesses. In den Rechtsstreitigkeiten, die Kläger seien weder die Kosten für die Erhebung von Beweisen, auch wenn das Gericht die Beweise für die Behauptung des Beschwerdeführers bezieht.

Gibt es eine rechtliche Regelung zur Befreiung von Gerichtsgebühren, auf die der Antragsteller nicht über ausreichende Mittel zur Gebührentrichtung“. Die Lage könnte durch verschiedene Umstände verursacht werden, Krankheit, geringes Einkommen, Alter usw., die von der Person nachgewiesen werden sollte, auszunehmen. Das Gericht entscheidet, ob der Antragsteller von der Steuer zu befreien oder nicht von der Zahlung der Gerichtsgebühren. Die Prozesskostenhilfegesetz (LAL) sieht vor, dass eine Partei, die bevollmächtigt ist, für seinen Unterhalt. Die prozessführende Partei sollte sich in einer schlechten Finanzlage befinden. Die Entscheidung über die Gewährung der Prozesskostenhilfe ergriffen wird entweder durch das Gericht oder eine nationale Verwaltungsbehörde als nationalen Amtes für Prozesskostenhilfe ergeben werden. Der Lal Mechanismus ist allgemeiner Natur und Kläger/Beschwerdeführer Rechtsstreitigkeiten im Umweltbereich profitieren dürften. Eine besondere Prozesskostenhilferegelung neben dem oben genannten Verfahren in Umweltangelegenheiten gibt es nicht.

Das Gesetz regelt nicht die kostenlose Unterstützung, entweder durch einzelne Unternehmen oder durch juristische Fachkräfte. Es ist Aufgabe der Anwaltskanzlei darüber entscheiden, unter welchen Bedingungen sie kostenlose Hilfe anbieten würden. Die Verfügbarkeit derartiger Dienste hängt sehr stark vom Einzelfall und der Motivation der Anwaltskanzlei Leitungsorgan in einem bestimmten Fall einbezogen werden.

Es gibt keine rechtlichen Kliniken mit Umweltangelegenheiten befasst.

Identifizierung einzelner Bürger und NRO, die dieselben Ziele verfolgen und im öffentlichen Interesse liegende Tätigkeiten opursuing. Einige von ihnen haben die Juristischen Dienste von öffentlichem Interesse seit vielen Jahren. In Gebieten, die reich an natürlichen Lebensräumen, lokale NRO wie erfahrene Rechtsanwälte unterstützen die bulgarische Gesellschaft für Vogelschutz, Grüner Balkan, Bulgarische Stiftung für biologische Vielfalt in der Gesellschaft oder Umwelt wildife Balkani Rechtsstreitigkeiten. <http://www.bspp.org/> <http://www.greenbalkans.org/> <http://www.bbf.biodiversity.bg/> <http://balkani.org/> Der Zugang zu Informationen ist für zahlreiche Rechtsstreitigkeiten über den Zugang zu Umweltinformationen. <http://www.aip-bg.org/en/> Eine informelle Gruppe von Rechtsanwälten, Rechtsanwälten, Anschrift, E-Mail: <http://ecopravo.blogspot.com> zeleniteadvokati@gmail.com spricht sich für mehr Transparenz und besseren Schutz des öffentlichen Interesses, insbesondere in Bezug auf den Naturschutz.

XIII. Aktualität

Die allgemeine Regel lautet, dass ein Verwaltungsakt erlassen werden sollte spätestens 14 Tagen bis zu einem Monat nach dem Beginn des Verfahrens. In Umweltfragen jedoch komplizierter Verfahren werden in der Regel mehrere Monate dauern kann und mehr als einem Jahr. Viele ökologische Verfahren besondere Fristen für eine Entscheidung zu liefern – z. B. die UVP Entscheidung getroffen werden 45 Tage nach der Sitzung an öffentlichen Diskussionen zum UVP-Bericht.

Verwaltungsbehörden könnten eine Geldbuße wegen der Nichteinhaltung der Fristen für die Ausstellung von behördlichen Entscheidungen. Theoretisch kann eine Person für die Verzögerung der Regierung.

Es gibt keine gesetzlich vorgegebenen Fristen für Gerichtsverfahren in Umweltangelegenheiten. Gibt es eine ganze Reihe von Fristen für die einzelnen Schritte des Verfahrens. Es ist eine dreitägige Frist nach Eingang der Beschwerde, sollte das Verwaltungsorgan, das Dossier an den Gerichtshof richten. Wenn eine Partei nicht vor Gericht erschienen ist ein Hindernis, da es keine Lösung gefunden werden kann, sollte die nächste Anhörung stattfinden soll, werden in drei Monate nach der letzten Sitzung. Fristen für verschiedene Tätigkeiten für die Verfahrensparteien können entweder nach dem Recht oder durch das Gericht. Sie sind zwar unterschiedlich, aber in der Regel nicht länger als 14 Tage. Einer der Grundsätze besagt, dass die administrativen Verfahren beschleunigt werden sollte.

Die Dauer der Gerichtsverfahren können je nach Zahl der Anhörungen, die Etappen und der Zeitplan für die Anhörungen des Gerichtshofs. Die Notwendigkeit einer Veröffentlichung im Staatsanzeiger könnte das Verfahren mehrere Monate in Anspruch genommen. Wenn es noch zahlreiche Parteien eines Verfahrens kann sie mehr Zeit, um alle Beteiligten für einen oder mehrere Anhörungen. In der Regel die Dauer des erstinstanzlichen Gerichtsverfahrens wird zwei oder drei Anhörungen mit etwa 6 bis 7 Monate. Bei mehr als drei Anhörungen des Verfahrens kann 8 bis 12 Monate. Die zweite Instanz Berufung das Verfahren verlängern könnte durch weitere 6 bis 8 Monate. Ein „Worst-case“ -Szenario würde zunächst eine lang anhaltende gravierende

Verfahrensfehler Verfahren in Verbindung mit der zweiten Instanz zurücksendet, das Dossier erneut zu entscheiden, d. h. durch einen anderen Richter im vorliegenden Fall das Verfahren von Beginn an wieder aufnehmen werde. In einem solchen Fall kann es 2 bis 3 Jahre dauern, bevor die rechtskräftige gerichtliche Entscheidung in Kraft tritt. Ein weiterer Faktor für eine Verschiebung ist, könnte darin liegen, dass einige Gerichte/Kammern sind überlastet und dem Zeitpunkt der ersten Anhörung ist frühestens für 6 – 9 Monate nach Eingang der Beschwerde beim Gerichtshof. Mittlerer Dauer von einem Verwaltungsgericht ein Verfahren mit keiner der erwähnten Schwierigkeiten würde 12 bis 18 Monate.

Der Gerichtshof hat eine Frist von 30 Tagen nach der letzten Sitzung seiner Entscheidung zu liefern. In den meisten Fällen ist diese Frist eingehalten wird.

Es gibt keine Sanktionen gegen ein Urteil, das eine Entscheidung verzögert hat. Die Frist von 30 Tagen wird als nicht bindend ist und nicht zu Rechtsfolgen verbunden. Wenn ein Richter wiederholt seine Entscheidungen auf das Verhalten der Richter verzögern könnte, sind die dem Obersten Justizrat der Republik Bulgarien.

XIV. Sonstiges

Die Entscheidungen in der Regel direkt vor Gericht angefochten werden. Dies ist zum Teil darauf zurückzuführen, dass einige Behörden, z. B. Ministerialentscheidungen erhoben werden kann, weil bei einer höheren administrativen Instanz ein solcher Fall nicht besteht. Vor kurzem UVP und SUP, insbesondere in Fällen begonnen, NRO, Entscheidungen anzufechten, bevor der Minister für Umwelt und Wasserwirtschaft, die vorgesetzte Behörde der regionalen Aufsichtsämter für Umwelt und Wasser, und zum anderen vor den Gerichten.

Es gibt eine Vielzahl von Quellen für Informationen über den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten. Auf den Websites fast aller Verwaltungsgerichte gibt es Informationen über das Verfahren, die ökologischen Genehmigungsverfahren durchgeführt werden. Auf einigen Websites finden sich Texte von Gesetzen. Kurze Erläuterungen zu anderen Websites über den Zugang zu Gerichten vorgesehen ist. Auf den Internetseiten des Ministeriums für Umwelt und Wasser sowie die regionalen Aufsichtsämter für Umwelt und Wasser gibt es Angaben zu den einzelnen Entscheidungen, die getroffen wurden, und der Behörden, bei denen diese Entscheidungen Berufung eingelegt werden kann. <http://www3.moew.government.bg/> Auf der Website des Obersten Verwaltungsgerichts kann eine elektronische Fassung sämtlicher Beschlüsse des Stabilitäts- und Assoziationsrates in den letzten 10-12 Jahren. <http://www.sac.government.bg/>

Alternative Streitbeilegung (AS) ist jedoch in Bulgarien und unterliegt dem Gesetz über Mediation. Der Gerichtshof kann jedoch die Streitigkeiten ein AS-Verfahren unterliegen. Der Auditbegleitausschuss hat seit 2007 die Beilegung einer Streitigkeit vor dem Gerichtshof als ein Mittel, um das Verfahren effizienter zu gestalten. Diese in Umweltangelegenheiten nicht öffentlich bekannt gegeben wurden.

Die Mediation nicht häufiger in Umweltangelegenheiten. In einigen Fällen von öffentlichem Interesse der Ministerin für Umwelt und Wasserwirtschaft, die Sitzungen leitete die Standpunkte der Parteien zu klären.

XV. Ein Ausländer, der

Die Amtssprache in Bulgarien ist die bulgarische Sprachfassung. Personen, die nicht sprechen oder verstehen, bulgarischer Sprache sind auf eine Art und Weise zu organisieren, um ihre Verteidigung ihrer Interessen nicht beeinträchtigt. Wenn eine Person eine andere Sprache verwenden möchte, die aus Bulgarien in andere ernannt das Gericht einen gerichtlichen Verfahrens Übersetzer. Dies gilt sowohl für die administrativen und der gerichtlichen Verfahren. Übersetzung von der Partei übernommen werden muss, wenn sie mit Ausnahme nationaler Rechtsvorschriften oder internationaler Vertrag nichts anderes vorsehen, wie etwa des Gesetzes über Asyl und Flüchtlinge verabschiedete. Der Staatshaushalt trage keine für die Übersetzung in der Umweltgesetzgebung.

Das Ursprungsland einer Person in keiner Weise beeinflusst nicht die Rechte gewährt, die im nationalen Recht oder in internationalen Verträgen. Akzeptiert wird, sobald eine Person als Partei eines Verfahrens das Recht garantiert, dass er die gleichen Rechte genießen kann wie die anderen Vertragsparteien denselben Verfahren.

XVI. Grenzüberschreitende Rechtssachen

Bulgarien ist Vertragspartei des Übereinkommens von Espoo über die Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen. Die nationalen Durchführungsvorschriften sieht Regeln für die Umsetzung der Verpflichtungen der bulgarischen Behörden, die sich aus dem Übereinkommen von Espoo. Wenn die Parteien ein Land ist, dem Minister für Umwelt und Wasser (Ministerium) ist die zuständige Behörde für die Ausführung der Aufgaben, die im Zusammenhang mit dem Übereinkommen. Das Ministerium wird die Absicht erklärt, dass das Organ der betroffenen Vertragspartei Bulgarien zu beteiligen oder nicht, ein UVP-Verfahren durchgeführt, die von der zuständigen Behörde der Vertragspartei sind. Das Ministerium ist zuständig für den

Informationsfluss von der übermittelnden Vertragspartei in Bulgarien der betroffenen Öffentlichkeit teilnehmen können, damit alle Bürger in den Prozess der Entscheidungsfindung.

Der Begriff der „betroffenen Öffentlichkeit“ nicht im grenzüberschreitenden Rahmen aus dem gleichen Begriff im nationalen Kontext. Die rechtliche Definition des Begriffs „betroffene Öffentlichkeit“ wurde in nationales bulgarisches Recht umgesetzt durch das Übereinkommen von Aarhus über den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten („Übereinkommen von Aarhus“). Bulgarien alle Nachbarländer auf, mit Ausnahme der Türkei sind Vertragsparteien des Übereinkommens von Aarhus. Zu einem großen Teil dieser gewährleistet die Gleichbehandlung von ausländischen Bürgern und NRO vor den bulgarischen Gerichten und umgekehrt.

Bulgarien ist Ursprungsland, wenn er die gleichen Standards für die Klagebefugnis, die es Staatsangehörigen als für Staatsangehörige aus den anderen angrenzenden Ländern, die Vertragsparteien des Übereinkommens von Aarhus und. Dies ergibt sich aus Artikel 3 Nummer 9 des Aarhus-Übereinkommens. Die Frage, ob Bürger und nichtstaatliche Organisationen können aus dem betroffenen Land und Vorläufiger Rechtsschutz Einstweilige Anordnungen Antrag ist sehr interessant, da sie voraussetzt, dass die bulgarische Rechtsprechung hat eine klare Antwort auf die Frage, ob Artikel 9 Nummer 4 des Übereinkommens von Aarhus direkt umgesetzt werden kann oder nicht. Diese Diskussion bulgariyet nicht stattgefunden hat. Die bulgarische Öffentlichkeit im Allgemeinen über keine Wahlmöglichkeit in Bezug auf die zuständigen Gerichte der einzelnen Länder in Umweltangelegenheiten. Die Regel in Verwaltungsangelegenheiten der bulgarischen Justiz ist klar – Kontrolle der Rechtmäßigkeit von Entscheidungen durch die bulgarischen Behörden. In Zivilsachen und insbesondere im Bereich der Umwelthaftung eine Wahl in Bezug auf das zuständige Gericht in der Regel bei der zivilrechtlichen Haftung, da sowohl das Gericht des Ortes, an dem der Schaden eingetreten ist, und das Gericht des Sitzes der Beklagten für die Entscheidung der Sache zuständig sind.

(1) Andere Gerichte/Kammern des Verwaltungsgerichts weisen unterschiedliche Standpunkte bezüglich der Zinsen von privatem Interesse einer NRO eine UVP Entscheidung Rechtsmittel einzulegen.

Dies ist eine maschinelle Übersetzung des Inhalts. Der Urheber dieser Seite übernimmt keinerlei Verantwortung oder Haftung für die Qualität dieses maschinell übersetzten Texts.

Letzte Aktualisierung: 14/09/2016